

Handels- u. Wirtschafts-Zeitung

Lose Preisverständigung am Bleimarkt

Die bisherigen internationalen Bleikonferenzen haben weder zur Bildung eines Kartells, noch zu einer Preiskonvention oder gar zu einer Produktionseinschränkung geführt. Die erste internationale Erörterung über die Bleilage im August vorigen Jahres brachte lediglich die Vereinbarung, künftighin regelmäßig statistische Ermittlungen über Produktion und Verbrauch den einzelnen Erzeugern von Blei zugehen zu lassen. Eine Kartellierung scheiterte, wie dies auch bei Zink der Fall war, an der Unmöglichkeit des Beitritts der amerikanischen Produzenten. Nicht nur das Antitrustgesetz hat eine Beteiligung der Amerikaner ausgeschaltet, sondern vielmehr noch die Tatsache, daß die Tonne Rohblei am Zollgeschützten amerikanischen Markt mit 28 Pfd. Sterl. verkauft wird, auf den übrigen Märkten aber (zogenartig) mit kaum 23 Pfd. Sterl. Die Amerikaner haben somit kein Interesse, einer internationalen Organisation anzugehören, die sie zur Herabsetzung der Verkaufspreise oder zur Einschränkung ihrer Erzeugung verpflichten könnte.

Die Anfang Juli d. J. abgehaltene internationale Bleikonferenz brachte abermals keinen Erfolg. Es kam weder zu einer Kartellierung, noch zu einer Produktionseinschränkung in den außer-amerikanischen Ländern. Seit dieser Zeit ist der Bleipreis weiter gestiegen, und die Folge davon war ein Absinken der Preise unter 23 Pfd. Sterl. Wenn der Bleipreis vorübergehend ein höheres Niveau zu verzeichnen hatte, so war diese Tatsache in erster Linie auf den Rückgang der Weltzeugung und die Steigerung des Weltverbrauchs zurückzuführen.

Weltzeugung und Weltverbrauch an Blei betragen in den letzten Jahren:

Jahr	Erzeugung in Tonnen	Verbrauch in Tonnen
1925	1514 738	1502 300
1926	1605 953	1558 900
1927	1684 161	1587 400
1928	1675 277	1635 000

Im vergangenen Jahre hat der Produktionsüberschuß somit gegen 1927 eine starke Verringerung erfahren, und zwar von rd. 100 000 t auf rd. 40 000 t. Die Besserung der statistischen Lage wurde aber durch eine abermalige Produktionserhöhung im laufenden Jahre zum Teil wieder wettgemacht. Im Juni d. J. erreichte die arbeitstägliche Weltzeugung mit 5467 t einen Rekord. Diese starke Steigerung, der ein entsprechend gehobener Verbrauch nicht begleitete, hatte ein Absinken der Bleipreise (unter 23 Pfd. Sterl.) zur Folge.

Diese ungunstige Entwicklung hat kürzlich die maßgebenden Produzenten veranlaßt, sich über den Absatz in Europa zu verständigen. Zweck dieser Verständigung ist die Verminderung der gegenseitigen Konkurrenz, und an ihr ist die American Smelting & Refining Co., die American Metal Co. (für die mexikanische Produktion), die australischen und indischen Produzenten, die von der British Metal Corp. kontrolliert werden, und die Consolidated Mining and Smelting Co. of Canada.

Die Preise sollen künftighin zwischen den beiden amerikanischen Erzeugern, der British Metal Corp. und der Firma Gardner & Co. in London festgesetzt werden. Eine Beschränkung der Verkäufe ist nicht beschlossen worden. Es handelt sich somit nur um eine lose Preisverständigung, um einen Anfang auf dem Wege einer Marktregulierung. Ob diese Verabredungen eine nachhaltige Wirkung auf die Gestaltung des Bleimarktes ausüben werden, bleibt abzuwarten. Jedenfalls auf Grund der losen Preisverständigung eine Stabilisierung noch nicht erreicht werden. Dr. W. Haas.

Eine Erklärung der Allianz

Die Allianz und Stuttgarter Verein Versicherungs-A.G. hatte am Donnerstag zu einer Pressesprechung eingeladen, in der von der Direktion noch einmal Erläuterungen zu der augenblicklichen Situation gegeben wurden. Die Allianz schließt danach mit der neugegründeten „Neue Frankfurter Allgemeine Versicherungs A.G.“, die ein Kapital von 5 Mill. RM. (25 Proz. Einzahlung) besitzt, einen Garantievertrag ohne jede Klausel und unbefristet ab. Letzteres ist um so bemerkenswerter, als sich die Allianz zuerst ein Rücktrittsrecht vorbehalten hatte. Die Neue Frankfurter Allgemeine Versicherungs A.G. bleibt selbständig. Ob in späteren Jahren einmal eine Übernahme durch die Allianz erfolgen wird, läßt sich heute noch nicht sagen. Die Allianz hat noch genug mit der Verschmelzung der Allianz Versicherungs-A.G. und Stuttgarter Verein Versicherungs-A.G. zu tun, die wirtschaftlich noch nicht durchgeführt ist. Die Allianz übernimmt nur die Verpflichtungen aus dem direkten Versicherungsgeschäft. Inwieweit eine Übernahme einzelner Rückversicherer erfolgt, muß erst die nähere Prüfung ergeben. Eine Unterstützung des Stillhaltekonstantiums dürfte darin zu suchen sein, daß die Allianz auf einen wesentlichen Teil von 25 Mill. RM. ihr zustehender Prämienreserven verzichtet hat. Dieser Betrag wird später auf den Kaufpreis verrechnet, der höher sein wird als die Summe, auf die verzichtet wurde. Von der Verwaltung wurde noch betont, vor eine wie schnelle Entscheidung die Allianz gestellt wurde. Mit der Aufstellung des Status und der Feststellung des Kaufpreises ist man zur Zeit fieberhaft beschäftigt. Auch das Aufsichtsrat ist nun endlich mit der Klärung der Lage (!) beschäftigt. Aus den allgemeinen Ausführungen über das Versicherungsgeschäft ist noch zu entnehmen, daß die Allianz in der Automobilversicherung seit 1921 nur Verluste erlitten hat. Die Erklärung des Reichsverbandes der deutschen Privatversicherungen dürfte in den Abendstunden des Donnerstag zu erwarten sein.

Börsenfeiertag

Am Sonnabend blieben, wie üblich in diesem Monat, die Deutschen Effekten- und Devisenmärkte für jeden Geschäftsverkehr geschlossen.

Die deutsche Einwanderung nach den Vereinigten Staaten

Die amerikanische Einwanderungsgesetzgebung — Wirkung auf Deutschland — Berufsgliederung der Auswanderer

Es ist bekannt, daß die Vereinigten Staaten jährlich große Menschenmengen aufnehmen, die mit der Absicht kommen, sich dort ständig niederzulassen, um sich eine Existenz zu gründen. Da die Einwanderung die wirtschaftliche Entwicklung der Vereinigten Staaten und ihre rassemäßige Zusammensetzung sehr beeinflusst, hat man im Laufe der Jahre, je nach der politisch-nationalen und anthropologischen Einstellung, auf dem Weg der Gesetzgebung und Verwaltungsmaßnahmen, die Einwanderung beeinflusst. Man kann die Maßnahmen des amerikanischen Staates, die immer darauf hinausgehen, die Einwanderung qualitativ und quantitativ zu beschränken, nur verstehen, wenn man die zahlenmäßige Entwicklung der amerikanischen Bevölkerung und ihre Zusammensetzung im einzelnen kennt. Die jetzige Bevölkerungszahl beträgt rund 105 Millionen. Eingewandert sind in der Zeit von 1787 bis 1927 37 Millionen.

Alle Einwanderungsbestimmungen, die Amerika erläßt, betreffen natürlich auch die Auswandererländer mehr oder weniger. Weniger, wenn das Auswandererland seinen Angehörigen genügende und befriedigende Existenzmöglichkeiten schaffen kann, stärker, wenn politische oder wirtschaftliche Schwierigkeiten einen großen Teil der Bevölkerung zwingen, sich im Ausland, d. h. in diesem Fall in den Vereinigten Staaten, eine Existenz zu schaffen, Amerika aber die einstromenden Massen nur beschränkt aufnimmt, bzw. ihnen in sonstiger Beziehung die Niederlassung erschwert.

Die neueste Phase der amerikanischen Einwanderungsgesetzgebung hat Deutschland besonders stark getroffen. Ab 1. Juli d. J. ist infolge der sogenannten Ursprungsklausel die Gesamtimmigration in die Vereinigten Staaten von 164 697 auf 153 541 herabgesetzt und die Höchstquote für Deutschland beträgt heute 23 428 im Gegensatz zur früheren Quote von 51 227. Bei der ab 1. Juli geltenden Berechnung ist man von dem Anteil ausgegangen, den die einzelnen Länder an der heutigen Zusammensetzung der amerikanischen Bevölkerung haben.

Die rein mechanische Berechnung hat insofern ihren Zweck erfüllt, als das romanisch-slawische Element, das den Amerikanern aus nationalpolitischen, kulturellen und anthropologischen Gründen unerwünscht ist, verringert wird, gleichzeitig aber auch Deutschlands Anteil um ca. 50 Proz. verringert, den einer Reihe anderer Länder ebenfalls beträchtlich gesenkt. Vor dem Kriege hatte uns eine solche Bestimmung nicht weiter tangiert, denn die wirtschaftliche Entwicklung bei uns, die seit den 80er Jahren bis zum Ausbruch des Krieges eine aufsteigende Kurve zeigt, konnte alle Existenzbedürfnisse im Inland befriedigen, war aber außerdem noch in der Lage, durch Ausbau der Sozialversicherung und sonstiger sozialpolitischer Maßnahmen den Arbeiter im Lande zu fesseln. Während in der Mitte des vorigen Jahrhunderts die Zahl der auswandernden Deutschen sich um 100 000 bewegte, was hauptsächlich auf politische Gründe zurückzuführen war, steigt sie bis in die 80er Jahre bis auf 135 000. Diese Steigerung ist auf die außerordentliche Aufnahmefähigkeit des amerikanischen Marktes zurückzuführen, hat also diesmal wirtschaftliche Ursachen. Sobald sich aber der wirtschaftliche Aufschwung Deutschlands zusammen mit den Vorteilen sozialpolitischer Institutionen auswirkte, sank die Zahl der nach Übersee auswandernden Deutschen bis auf 18 000 vor dem Kriege.

Von einer normalen Wanderungsbewegung im Kriege kann man nicht gut sprechen, da solche internationalen Erscheinungen in dieser Zeit begrifflicherweise unterbrochen waren. Auch kurz nach dem Kriege stockte der Wanderstrom teils wegen der Antipathie, die man den Deutschen als Angehörigen eines ehemals feindlichen Staates entgegenbrachte, teils weil die zunehmende Geldwertung die Auswanderung erschwerte. Dieses Heimnis war aber im Jahr 1923 infolge der außerordentlich schweren wirtschaftlichen Lage nicht stark genug, die Auswanderer im Lande zurückzubehalten, sondern 115 000 Deutsche wanderten unter größten Schwierigkeiten ins Ausland. Diese unnatürlich große Zahl sank dann auch im nächsten Jahr auf ca. die Hälfte, als die Konsolidierung unserer Wirtschaft wieder geordneter Verhältnisse und bessere Existenzbedingungen brachte. In den folgenden Jahren ging die Gesamtimmigration weiter zurück, hat sich aber immer über 50 000 bewegt, also eine wesentlich größere Zahl als vor dem Kriege.

Die Gründe hierzu liegen klar auf der Hand, denn

die verhältnismäßig kleine Rohstoffbasis zwang dazu, Menschen oder Waren ins Ausland zu leiten. Aber sowohl der Menschen als auch der Warenexport nach den Vereinigten Staaten ist schwierig, denn der Wareneinfuhr stehen hohe Zollmauern gegenüber, der Einwanderung von Menschen die Verkleinerung der Einwanderungsquote. Die Einwanderungsgesetzgebung vor 1921 konnte, bei noch so großem Auswanderungsbedürfnis Deutschland kaum treffen. Denn die Beschränkungen waren qualitativ Art, und bezogen sich außer auf das Verbot, Krüppel, Idioten, entlassene Sträflinge usw. hereinzulassen auf den Bildungsgrad, d. h. auf die Fähigkeit zu lesen, vorher die Beherrschung der englischen Sprache. Mit dieser Bestimmung hatte man nicht den deutschen Einwandererstrom treffen wollen, sondern vielmehr die Angehörigen slawisch-romanischer Herkunft, die den Amerikanern aus vielen Gründen unerwünscht waren. Vom Jahre 1921 ab sind die Einwanderungsbeschränkungen quantitativer Art, d. h. außer dem Inkraftbleiben einer Reihe qualitativer Bestimmungen, ist die Zahl der zur Einwanderung Zugelassenen absolut festgelegt, also eine Überschreitung vollkommen ausgeschlossen.

Wenn man die ab 1. Juli d. J. geltende deutsche Quote von 23 428 mit der bisher geltenden von 51 227 vergleicht und diese beiden Zahlen in Beziehung zu der zahlenmäßigen Entwicklung der deutschen Gesamtbevölkerung bzw. der nach der Union setzt, so zeigt sich, daß Deutschland viele Tausende seiner Bürger im Lande behalten oder aber ihnen andere Auswanderungsmöglichkeiten bieten muß.

Deutsche Gesamtauswanderung.

1927	61 379
1928	57 293
Jan. 1929	4 367
Febr. 1929	4 363
März 1929	5 453
April 1929	6 490

*) davon 97% nach den Vereinigten Staaten.

**) davon 80% nach den Vereinigten Staaten.

Neben den Vereinigten Staaten spielen Kanada, Argentinien, Brasilien, Chile und Südafrika eine Rolle als Einwanderungsländer. Theoretisch würde also nichts dagegen sprechen, daß der Ausfall der Vereinigten Staaten als Einwanderungsland durch Einwanderung in die oben genannten Länder wieder wettgemacht würde. Praktisch steht dem aber die Berufsgliederung der deutschen Auswanderer entgegen, die sich hauptsächlich aus industriellen Arbeitern und Angehörigen der Berufsgruppe „Handel und Verkehr“ zusammensetzen und daher vornehmlich in den Vereinigten Staaten Unterkunft und Existenzmöglichkeiten finden. Die übrigen Länder, Kanada, Argentinien, Brasilien, Chile usw. sind wegen ihrer vorwiegend agrarischen Charaktere beinahe ausschließlich für landwirtschaftlich geschulte Kräfte aufnahmefähig, was auch in der entsprechenden Gesetzgebung zum Ausdruck kommt.

Es ist anzunehmen, daß die Auswanderung von Deutschen unter den agrarisch Berufstätigen absolut und relativ zunehmen wird. Trotz der größeren Bodenständigkeit des Agrariers bietet die schlechte Lage unserer Landwirtschaft einen großen Anreiz, bessere Existenzmöglichkeiten in Übersee zu suchen. Auch relativ, d. h. im Verhältnis zur Auswanderung industrieller Arbeiter und Angehöriger des „Handels und Verkehrs“, wird die Zahl steigen, denn die industrielle Auswanderung wird zunächst zurückgehen, da zur Zeit kein anderes Land eine so große Aufnahmefähigkeit für Personen dieser Berufsgruppe hat. Aus alledem geht hervor, daß das Wanderungsproblem nicht nur das Einwanderungsland stark betrifft, indem dadurch Veränderungen nationalpolitischer, wirtschaftlicher, kultureller und anthropologischer vor sich gehen, sondern ebenso stark das Auswanderungsland, das in einem Fall Kräfte abgibt, ohne daß im Lande selbst durch starken Geburtenüberschuß aufgefüllt wird, oder aber, das gezwungen ist, Menschen auszuwandern zu lassen, aber aus Gründen, die in der Wirtschaftsentwicklung und Gesetzgebung des Einwanderungslandes liegen, die Menschen im Lande behalten muß, bzw. ihnen weniger günstige Möglichkeiten nachweisen muß. H. M.

Berliner Produkten-Börse

Amtliche Preisnotierungen. Berlin 24. 8. 1929

Preise in Goldm.		Für Getreide u. Oelbullen p. 100 kg, meist p. 100 kg ab Station	
Weizen, märk.	238-241	Erbsen, Vikt.	40,00-48,00
Roggen, märk.	191-198,5	Erbsen, kleine	38,00-34,00
Gerste	167-180	Futtererbsen	21,00-23,00
Broggerste	212-220	Pörschbun	—
Futtergerste	167-180	Ackerbohnen	—
Hafer, märk.	168-174	Wicken	28,00-32,00
Malz Loco Berlin	215-217	Lupinen, kleine	—
Weizenmehl fr. Berl.	29,50-36,00	Lupinen, große	—
Roggenmehl fr. Berl.	25,40-28,25	Erbsen, kleine	18,30-19,00
Wassermehl fr. Berl.	11,50-12,25	Erbsen, große	24,00-24,30
Roggenkleie fr. Berl.	11,25-11,80	Trübenbohnen	11,30-11,60
Hays	340-340	Hays Strout	19,80-20,30
Leinwand	—	Kartoffelkörner	17,00-18,00

Tendenzen: Weizen ruhig — Roggen unregelmäßig — Gerste ruhig — Hafer stetig — Weizenmehl behauptet — Roggenmehl kaum behauptet — Weizenkleie, Broggenkleie still — Kaps behauptet.

Handelsrechtliche Lieferungsverhältnisse

Weizen: Sept. 252,5-263-269,5 — Okt. 269,5-268,5 — Dez. 264,5
Roggen: Sept. 200,5 — Okt. 213-211 — Dez. 220-218,75
Hafer: Sept. 180 — Okt. 180 — Dez. 192,75 Gold.

Berlin, 24. August. (Eigener Bericht.) Infolge der amerikanischen gestrigen Festigkeit zeigte sich hier im heutigen Vormittagsverkehr gleichfalls bessere Stimmung für Getreide, die aber nach Eröffnung der Mittagsbörse nur eine unbedeutende Besserung für Weizen im Lieferungsland hinterließ, als die Liverpooler Depesche hinter den Erwartungen zurückblieb. Die Notierungen im Zeithandel setzten für nahe Lieferung kaum verändert, für spätere 1/2 bis 1,00 M. fester ein, ohne daß es bei der Vorsicht der Käufer zu größeren Umsätzen kam. Im Roggenhandel war die Situation undurchsichtig, weil zunächst weitere Stützungsverkäufe fehlten, ohne daß man aber sicher war, daß dieselben nicht weiterhin wie-

der den Markt beeinflussen könnten. Späterhin erfolgten manche Anschaffungen in prompter Ware. Im Lieferungsland war September in ungefähiger gestriger Preislage, hinterer Sicht leicht befestigt. Gerste in bisheriger Situation. Für Hafer war das Angebot zurückhaltender und bei teilweise höheren Forderungen die Tendenz stetiger. Nach der Küste besteht manche Frage. Im Mehlhandel etwas mehr Konsumbegehrt.

Dresdner Börse vom 26. August

(Mitgeteilt vom Bankhaus Horst Fritzsche, Dresden.)

Recht freundlich. Die politischen und wirtschaftlichen Nachrichten, die über Sonnabend und Sonntag eingelaufen sind, konnten ihren Einfluß auf die vorgeschriebene Tendenz in bester Weise geltend machen. Durch die zweitägige Unterbrechung, ist wohl auch anzunehmen, daß mehr Ordres, als an den gewöhnlichen Tagen, vorhanden sind, die die Anfangstendenz kräftig unterstützen werden. Im späteren Verlauf machte sich der bevorstehende Ultimo und die damit zusammenhängende Liquidation bemerkbar. Auch an den hiesigen Märkten setzte die neue Woche recht freundlich ein; wenn auch der Termin-Markt ohne Umsätze in fester Haltung war, so konnten sich auf dem Kasse-Markt bei größeren Umsätzen, als wie es in der Vorwoche der Fall war, die Kurse im Durchschnitt um mehrere Prozente befestigen. Bemerkenswert sind Gebr. Hörmann, die 6% höher notierten. Auch die Bank-Aktion liegen im Kurs höher und besonders Geschäft war auf dem Papiermarkt zu bemerken, wo die Kursveränderung über die allgemeine Befestigung noch hinausging. Neubesitzliche lagen mit 10,7% etwas über die Berliner Freitags-Notiz und konnten erst im späteren Verlauf auf 10,8% bei geringen Umsätzen anziehen. Soeben hören wir, daß in England das Kohlen-Syndikat zustande gekommen ist und damit begrüßt sie an der Berliner Börse diese Tatsache mit einem Kurs-Auftrieb aller Montan-Aktionen.